

16. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

49. Sitzung

Donnerstag, 14. Dezember 2017

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der
Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-
Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz
2018/19 – StHG 2018/19)**

TOP 1a)

Einzelplan 01: Landtag

Drucksache 16/3201

Rede von

Nicole Razavi MdL

Parlamentarische Geschäftsführerin und stellvertretende
Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort!

Abg. Nicole Razavi MdL (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Landtag ist das einzige Verfassungsorgan im Land, das durch Wahlen direkt von den Bürgern legitimiert ist. Es steht dadurch besonders im Fokus, weil sich die politische Willensbildung in Parteien und Fraktionen hier in Regelungsbeschlüssen manifestiert. Der Landtag steht damit auch in besonderer Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern.

Schon deshalb müssen wir ein besonderes Augenmaß walten lassen. Das gilt auch, wenn wir heute in der ureigenen Hoheit des Parlaments und seiner Mitglieder über den Haushalt und über das Personal des Landtages selbst beraten. Klar ist das Ziel: Wir wollen bestmögliche Bedingungen für eine gute und effiziente Arbeit hier im Haus schaffen. Klar ist aber auch, dass Stellenmehrungen kein Programm zum üppigen Aufwuchs des Personalbestands sein dürfen.

Auch den Landtag als Verfassungsorgan trifft die Verpflichtung, nur so viel Personal einzusetzen, wie wirklich benötigt wird. Augenmaß gilt selbstverständlich ebenso, wenn es um unsere ureigensten Angelegenheiten geht. Es war deshalb richtig, dass wir schließlich eine unabhängige Kommission eingesetzt haben, die sich nun intensiv nicht nur mit unserer Altersversorgung beschäftigt, sondern insbesondere auch mit der Stellung sowie den Aufgaben der Abgeordneten im parlamentarischen Regierungssystem an sich. Darüber nachzudenken tut, glaube ich, auch uns selbst gut.

Umgekehrt gilt aber auch: Gelder für die Parlamente sind gut investiert. Der Landtag ist das Schaufenster der Demokratie. Hier ringen die Abgeordneten, die Volksvertreter, um die besten Ideen für das Land. Der Landtag von Baden-Württemberg ist auch weiterhin eines der kleinsten und kostengünstigsten Landesparlamente überhaupt. Jeder und jede von uns Abgeordneten ist unmittelbar Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land und im Wahlkreis. Damit wir uns auf unsere parlamentarische Arbeit und die Arbeit in den Wahlkreisen konzentrieren können, brauchen wir viel Unterstützung und Menschen, die uns den Rücken freihalten.

Wichtigen Anteil daran haben sie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Landtag selber, ob in der Verwaltung, ob im Besucherdienst, an der Pforte, der Hausdienst, die Stenografen – sie alle sind echte Dienstleister und die guten Geister für die Landtagspräsidentin, den Landtagsvizepräsidenten und für uns als Abgeordnete. Dafür bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei ihnen allen.

Wir sind uns über alle Fraktionen hinweg einig, dass wir auch künftig für gute Arbeitsbedingungen für Sie sorgen müssen und dass die Arbeit auch bewältigbar sein muss. Das neue Besucher- und Medienzentrum ist für den Landtag ein echter Gewinn. Das große Interesse der Menschen spricht für sich. Klar ist aber auch, dass mehr Besucher und mehr Veranstaltungen auch mehr Aufwand, Betreuung und Organisation bedeuten. Das dürfen wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zusätzlich aufbürden. Es ist für uns deshalb keine Frage, dass wir hier mehr Personal benötigen, um den neuen Aufgaben gerecht zu werden.

Der Aufwand hat sich für die Landtagsverwaltung aber auch dadurch erhöht, dass wir mehr Fraktionen sind und weil wir als Abgeordnete auch mehr Mitarbeiter beschäftigen können. Dem müssen wir ebenso Rechnung tragen. Aber trotzdem legen wir als CDU-Fraktion auch hier Wert auf Augenmaß. Das Wachstum der Landtagsverwaltung muss organisch erfolgen: neue Stellen eben dort, wo sie notwendig sind.

Nach 23 neuen Stellen im letzten Haushalt und 5 neuen Stellen jetzt im Doppelhaushalt halten wir eine Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung auch in Verantwortung für die Beschäftigten selbst für notwendig. Sie soll die Auslastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und etwaiger Fehlbedarfe objektiv ermitteln. Eine Nachjustierung kann und soll dann in den nächsten Jahren erfolgen.

An der hohen Bedeutung des Datenschutzes besteht über alle Fraktionen hinweg – der Kollege Sckerl hat es schon gesagt – große Einigkeit. Die Stellen für die Bewältigung neuer Aufgaben soll der Landesdatenschutz deshalb nach dem Willen einer breiten Mehrheit im Landtag erhalten.

Um welche Aufgaben geht es?

Erstens: Durch die europäische Datenschutzgrundverordnung wird das Datenschutzrecht grundlegend neu geordnet. Das bringt neue, straffe Prozesse auf nationaler und internationaler Ebene und einen erheblichen Abstimmungsaufwand mit sich.

Zweitens: Die Aufsichtsbehörde muss unabhängig sein. Das heißt, sie darf weder direkter noch indirekter Beeinflussung von außen unterliegen.

Drittens: Sie wird absehbar als oberste Landesbehörde eingerichtet.

Weil – viertens – Datensicherheit und Datenschutz gerade in Zeiten, in denen Daten wie Waren gehandelt werden und die Bedrohung von Unternehmen und Hackern aus dem außereuropäischen Ausland ausgeht, eminent wichtig sind, soll der Landesdatenschutz in der Lage sein, nicht nur Bußgelder einzutreiben, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg in Sachen Datenschutz und Cybersicherheit zu beraten.

Daraus ergeben sich 14,5 Neustellen und zusätzliche Sachmittel für den Doppelhaushalt 2018/19. Aber wie beim Landtag legen wir auch hier Wert darauf, dass auch beim Landesdatenschutz im Rahmen einer Organisationsuntersuchung geprüft wird, inwiefern personelle Kapazitäten durch Umorganisation freizusetzen sind und freigesetzt werden können.

Schließlich die Landeszentrale für politische Bildung. Grundsätzlich gilt für uns: Die Landeszentrale für politische Bildung ist eine wichtige Institution. Im Gegensatz zu den Kollegen von der AfD sind wir von der CDU und alle der anderen Fraktionen von ihrer Bedeutung für die Demokratiebildung überzeugt. Ich erspare mir damit auch jeden weiteren Kommentar zu den Anträgen von Seiten der AfD zu der Abschaffung der Landeszentrale.

Die Verstetigung der Mittel für die Gedenkstättenarbeit war und ist ein großes Anliegen der CDU-Fraktion. Wir wollen damit die sehr wertvolle Arbeit der vielen Ehrenamtlichen honorieren. In Zeiten, in denen sich die Gesellschaft immer stärker pluralisiert und durch Digitalisierung und Globalisierung so schnell verändert wie noch nie, wird Gedenken selbst aber immer wichtiger.

Wir dürfen nie vergessen: Geschichte dient stets als mahnendes Beispiel, damit sich Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Demokratie ist eben keine Selbstverständlichkeit, sondern sie ist schmerzhaft errungen. Wir müssen sie täglich erneuern.

Mustergültig, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist hier das Historial du Hartmannswillerkopf im Elsass. Es ist ein Symbol für die deutsch-französische Aussöhnung, die zugleich eine Grundlage für die Achse Berlin-Paris als europäischer Motor darstellt. Jeder Euro ist gut investiert, um den Besuchern die Schrecken der Kriege erfahrbar zu machen.

Unsere volle Unterstützung hat die Veranstaltung des Landtags zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“. Diesen Meilenstein, diese Wegmarke in der Entwicklung der Demokratie in Deutschland und Europa, der Gleichberechtigung der Geschlechter als einem Grundwert unserer aufgeklärten Gesellschaft und des Grundgesetzes gilt es wahrlich zu feiern.

Herzlichen Dank!